

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Heiko Handschuh
Parlamentarisches Büro
Markt 1
64823 Groß-Umstadt

Groß-Umstadt, den 13.02.26

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der übernächsten Stadtverordnetenversammlung am 26.02.2026 zu nehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung ändert den im Haushalt 2026 integrierten **Stellenplan** dahingehend ab,

dass außer den Stellen für die Übernahme der AZUBIS **nur 3 weitere Stellen im Bereich Erziehung** geschaffen werden, um das neue Konzept des pädagogischen Flex-Teams zur Sicherstellung qualitätsorientierter, verlässlicher Betreuung zu erproben.

Im Bewährungsfall könnte zum neuen Kindergartenjahr eine weitere Stelle hinzukommen.

Begründung:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.25 hat die FDP-Fraktion den Haushalt 2026 abgelehnt. Diese Ablehnung war im Wesentlichen zweifach begründet:

1. Die Liberalen lehnen Steuererhöhungen ab, also auch die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B, solange es kein Konzept zur Konsolidierung durch strukturelle Einsparungen (nicht durch pauschale Kürzungen!) gibt.
2. Die Liberalen lehnen die Ausweitung des Stellenplans ab, also auch die vorgesehenen neuen Stellen im Bereich Erziehung, Baubetriebshof u.a., solange es kein Konzept zum kontinuierlichen Stellenabbau durch eine Verwaltungsreform (nicht durch temporäre Vakanzen!) gibt.

Als Ergebnis einer weiteren zweimonatigen Beratungszeit und in der grundsätzlichen Bereitschaft zum demokratischen Kompromiss ist jetzt der neue vorangehende Antrag zu verstehen.

Die Zustimmung zum Konzept eines pädagogischen Flex-Teams gründet in der liberalen **Priorisierung der Bildung**. Dabei kommt schon der frühkindlichen Bildung eine besondere Funktion der Weichenstellung zu. Deshalb muss Betreuung uneingeschränkt **qualitätsorientiert** sein und darf nicht auf stundenweise Aufbewahrung reduziert werden. Aus diesem Grund stimmen wir der weiteren Einstellung von Fachkräften zu und verzichten auf unsere Forderung der Sicherstellung durch den kostengünstigeren Springer-Pool von Aushilfskräften, die wir ursprünglich favorisiert hätten. Wegen der bestehenden Skepsis gegenüber dem neuen Modell schlagen wir jedoch vor, zunächst mit nur 3 statt 4 Vollzeitäquivalenten zu beginnen und das Team erst nach einer ca. halbjährigen Probephase zu erweitern.

Ausschlaggebend für die Zustimmung ist auch die liberale Forderung nach **verlässlicher** Betreuung zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bzw. zur Planbarkeit der Berufstätigkeit, vor allem der Frauen bzw. Mütter.

Die Übernahme der AZUBIS bleibt von allen Überlegungen ausgeschlossen, weil sie einem älteren Beschluss der Stadtverordnetenversammlung entspricht.

Dr. Margarete Sauer
Fraktionsvorsitzende